

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion GB/JA! (Esther Oester, GB/Lea Bill, JA!) vom 10. Januar 2013: Grüne Wirtschaft - Reduktion der Lebensmittelverschwendung in der Stadt Bern um einen Drittel (2014.SR.000173)

In der Stadtratssitzung vom 8. Mai 2014 hat die Motionärin die folgende Motion in ein Postulat umgewandelt, welches vom Stadtrat erheblich erklärt wurde:

Bei einer Weltbevölkerung von 7 Milliarden hungern heute rund eine Milliarde, vorwiegend in den Entwicklungsländern und auf der Südhalbkugel. Die Herausforderung, alle zu ernähren, wird aus vielen verschiedenen Gründen weiterhin grösser: internationale Nahrungsmittelspekulation, Ungleichverteilung von Ressourcen und Lebenschancen, Zunahme von Ressourcenverbrauch in den aufstrebenden Ländern wie Brasilien, Indien, Russland und China; erschwerte landwirtschaftliche Produktionsbedingungen, Klimawandel usw. Dazu kommt, dass in den Industrieländern bis zu einem Drittel der produzierten Lebensmittel verschwendet d.h. weggeworfen werden.

Heute gehen ein Drittel der für den Schweizer Konsum produzierten Lebensmittel entlang der ganzen Lebensmittelkette verloren, das sind 2 Mio. Tonnen pro Tag. Von den 3'360 kcal pro Person und Tag, die in der Schweiz verfügbar sind, werden nur 2'250 kcal tatsächlich verzehrt.

Die Schweizerische Landwirtschaftspolitik fördert zwar die inländische Produktion, so werden noch zwei Drittel der Bedürfnisse mit Produkten aus dem Inland abgedeckt. Trotzdem fallen die Lebensmittelverluste entlang der ganzen Lebensmittelkette an: Produktion (13%), Handel (2%), Verarbeitung 30%, Detailhandel (5%), Gastronomie (5%), Haushalte 45%. Ein grosser Anteil dieser Verluste ist vermeidbar, sie entstehen z.B. aufgrund von Normen (zu kleine oder zu grosse Früchte) oder aus Unwissen über die Haltbarkeit und die Aufbewahrung.

Die Stadt Bern soll sich als Pionierin des nachhaltigen Wirtschaftens dafür einsetzen, ein Drittel der Lebensmittelverluste auf dem Gemeindegebiet zu vermeiden. Ein Ziel, das ohne viel Aufwand erreicht werden kann, aber viel bewirkt: 30% weniger Verschwendung heisst für die Schweiz zwei Millionen Tonnen CO₂ vermeiden, entspricht 500'000 Personenwagen weniger auf der Strasse (12% aller Autos). Es bedeutet nicht 1/3 weniger essen, sondern 1/3 weniger Produktion, weniger Importe und weniger Ressourcenverbrauch und Abfall. Grünes Wirtschaften erzielt ein Gleichgewicht zwischen Umwelt, Wirtschaft und sozialer Gerechtigkeit. Ressourcen werden wiederverwertet und Kreisläufe geschlossen.

Konkret soll sich der Gemeinderat dazu verpflichten, bis in fünf Jahren (2018) ein Drittel der Lebensmittelverschwendung (Basis Ende 2013) zu vermeiden. Dazu soll er einen Massnahmenplan vorlegen und regelmässig über die Fortschritte in der Umsetzung berichten. Bei den Massnahmen sind folgende Prioritäten zu setzen:

1. Vermeiden: Sensibilisierungskampagnen bei der Bevölkerung und dem Gewerbe mit dem Ziel der Reduktion von Lebensmittelverlusten durch Verhaltensänderungen beim Einkauf und Konsum und Vertrieb. Beispiel www.foodwaste.ch
2. Spenden: Koordination mit und Förderung von Organisationen, die noch verwendbare Lebensmittel weiter verteilen (Tischlein deck Dich, Caritas, Gassenküche usw.)

3. Sammlung von Grüngut und Speiseresten bei Haushalten und gewerblichen Betrieben wie Spitäler, Heime, Kantinen gemäss der interfraktionellen Motion „Organischer Abfall zur Energiegewinnung einsammeln“, März 2009 und Oktober 2011.
4. Verwertung von Lebensmittelresten in Koordination mit den ARA und anderen öffentlichen oder privaten Anbietern.

Bern, 10. Januar 2013

Erstunterzeichnende: Esther Oester, Lea Bill

Mitunterzeichnende: Leena Schmitter, Cristina Anliker-Mansour, Mess Barry, Christa Ammann, Franziska Grossenbacher, Judith Gasser, Christine Michel, Sabine Baumgartner, Stéphanie Penher, Luzius Theiler, Rolf Zbinden

Bericht des Gemeinderats

Der Stadtrat hat den vorliegenden Vorstoss am 8. Mai 2014 als Postulat erheblich erklärt und die Antwort des Gemeinderats gleichzeitig als Prüfungsbericht abgelehnt. Aufgrund der gewalteten Diskussion schliesst der Gemeinderat, dass der Stadtrat insbesondere an der unter Punkt 1 des Vorstosses geforderten Sensibilisierungskampagne festhalten wollte, wobei nicht teure Lösungen im Vordergrund stehen sollten, sondern eine Lösung unter Einbezug der stadteigenen Kommunikationsmittel. Die Punkte 2, 3 und 4 des Vorstosses bzw. die entsprechenden Antworten des Gemeinderats blieben demgegenüber unbestritten und der Gemeinderat zieht daraus den Schluss, dass der Stadtrat mit den damaligen Antworten zufrieden war bzw. dazu keine weiteren Handlungen erwartet. Er erlaubt sich daher, zu diesen Punkten nur noch kurz im Sinne einer Aktualisierung Stellung zu nehmen und das Hauptaugenmerk seines Berichts auf Punkt 1 zu legen.

Zu Punkt 1:

Wie bereits in seiner Antwort vom 3. Juli 2013 dargelegt, ist der Gemeinderat weiterhin der Meinung, dass eine Sensibilisierungskampagne bei der Bevölkerung und beim Gewerbe zum Thema Lebensmittelverschleiss nur dann die im Vorstoss gewünschte Wirkung erzielt, wenn diese überkommunal und über mehrere Jahre angelegt ist. Deshalb beobachtet der Gemeinderat auch gespannt die Entwicklungen in diesem Bereich auf der Bundesebene. Der Bundesrat hat in seiner Antwort vom 27. August 2014 auf das Postulat von Aline Trede (Grüne): Food Waste eindämmen darauf hingewiesen, dass im Rahmen des Aktionsplans Grüne Wirtschaft, der am 8. März 2013 verabschiedet wurde, für die Erarbeitung von Massnahmen zur Reduktion der Nahrungsmittelabfälle eine Projektgruppe der Bundesverwaltung einen Stakeholderdialog initiiert hat. Aus diesem Dialog sei klar hervorgegangen, dass dem Staat eine Verantwortung im Bereich der Information und der Sensibilisierung der Bevölkerung zugesprochen werde und der Bund sich im Bereich Kommunikation und Bildung künftig stark engagieren wolle. Die dafür eigens geschaffene Arbeitsgruppe „Bildung, Sensibilisierung und Information“ sei daran, dafür ein Konzept zu erarbeiten. Der Gemeinderat wird somit die weiteren Schritte auf Bundesebene im Auge behalten und dort aktiv werden, wo sich eine Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Gemeinden und weiteren Partnern für Aktionen im Rahmen einer Sensibilisierungskampagne zum Thema Food Waste ergeben könnte.

Um die Bevölkerung bezüglich des Themas Lebensmittelverschwendung auf kommunaler Ebene zu sensibilisieren, greift der Gemeinderat auf die heutigen bestehenden Kommunikationsmittel der Stadt Bern zurück. Folgende Kommunikationskanäle bzw. -instrumente haben die städtischen Stellen zur Thematisierung der Lebensmittelverschwendung genutzt bzw. werden sie in den kommenden Monaten nutzen:

- **Informationsflyer zur Ausdehnung der Grüngutsammlung auf Speisereste und Rüstabfälle:** Der Flyer wurde Ende 2014 - kurz vor der Aufnahme der erweiterten Grüngutsammlung - in allen Stadtberner Haushalten verteilt. Neben den Informationen zur Grüngutsammlung enthielt der Flyer an prominenter Stelle insbesondere auch eine Aufforderung zu einem bewussten Umgang mit Lebensmitteln.
- Im aktuellen **Abfallhandbuch**, welches Anfang 2015 an alle Haushalte verteilt worden ist, wird auf Seite 1 auf das Thema Lebensmittelverschwendung hingewiesen.
- Im **Umwelt-Newsletter der Stadt Bern**, der allen Verwaltungsangestellten und den Lehrerinnen und Lehrern zugestellt wird, werden immer wieder verschiedene Aspekte des Thema „Food Waste“ vorgestellt, jüngst im Newsletter vom 28. April 2015.
- Im Rahmen der **Überarbeitung des Webauftritts der Stadt Bern** wird geprüft, ob neu eine Themenseite zum Thema Lebensmittelverschwendung erstellt wird.
- Im **Ökoinfomobil** von Entsorgung + Recycling liegen Flyer zu „Food Waste“ auf, die den Kundinnen und Kunden zum Mitnehmen empfohlen werden.
- Es wird geprüft, ob auf der **Abfall App** der Stadt Bern unter der Rubrik „Ratgeber“ Informationen zu „Food Waste“ bereitgestellt werden können.

Wie der Gemeinderat zudem bereits in seiner Antwort vom 3. Juli 2013 ausführlich dargelegt hat, setzt die Stadt Bern verschiedene Sensibilisierungsmassnahmen um, bei denen das Thema Lebensmittelverschwendung zur Sprache kommt:

- **Volksschule:** Die Auseinandersetzung mit einem sorgfältigen Umgang mit Lebensmitteln ist heute Pflichtstoff im Rahmen des kantonalen Lehrplans; das Themenfeld „Produzieren Konsumieren“ zieht sich durch alle Schulstufen hindurch. Es ist aber den Lehrpersonen vorbehalten im Rahmen ihrer Methodenfreiheit, inhaltlich die Thematik zu bearbeiten.
- **Tagesschulen:** Es wird ein sorgfältiger Umgang mit Essensresten vorgelebt, in dem den Kindern die Resten zum Zvieri angeboten oder von den Betreuungspersonen nach Hause genommen werden. Ausserdem achten die Tagesschulen bei der Menueplanung darauf, welche Speisen bei den Kindern besser oder schlechter ankommen und passen den Speiseplan entsprechend an, um wiederum zu vermeiden, dass Speisereste weggeworfen werden müssen. Schliesslich wird dies ebenfalls im Zusammenhang mit dem Projekt „Catering“ berücksichtigt werden. Das Essen soll den Kindern generell schmecken.
- **Abfallunterricht:** Die Stadt Bern stellt den Schulklassen (Kindergarten, 2., 5., 8. Klasse) kostenlos Fachkräfte zur Verfügung, die auf spielerische Art und Weise Basiswissen zur Abfallentsorgung, zum Recycling sowie der Bedeutung von Rohstoffen und ihrer Herkunft vermitteln.
- **Lokale Agenda 21:** In diesem Rahmen besteht die Möglichkeit, bei der Stadt Bern eine einmalige finanzielle Unterstützung zu beantragen, um auf Gemeindeebene Projekte u.a. auch im Bereich der Lebensmittelverschwendung, umzusetzen. Davon wurde seit Verabschiedung knapp 30 Mal Gebrauch gemacht. Zwei der unterstützten Gesuche haben sich mit dem Thema Lebensmittel (Rundgang Konsum Global) und Lebensmittelverschwendung (Bern tischt auf) auseinandergesetzt.
- **Umwelttag:** Falls ein Quartier Aktivitäten zur Verhinderung von Lebensmittelverschwendung durchführen möchte, kann es im Rahmen des Berner Umwelttags quartierweise einen entsprechenden Schwerpunkt setzen. Am Berner Umwelttag 2015 fand in der Lorraine ein Anlass zum Thema statt: aus Gemüse, welches es aus ästhetischen Gründen gar nicht erst in die Verkaufsregale schafft, wurde ein Abendessen für die Quartierbevölkerung gekocht.

Zu Punkt 2:

Wie der Gemeinderat bereits in seiner Antwort vom 3. Juli 2013 ausgeführt hat, läuft in Bern die Koordination und Förderung von Organisationen, die noch verwendbare Lebensmittel verteilen, bereits sehr gut.

So beliefert die Schweizer Tafel mit ihrem Verteilnetz unter anderem die Gassenküche, Tischlein deck dich und viele weitere Institutionen. Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport stellt den Gassenküchen der Elternvereinigung drogenabhängiger Jugendlicher und des Vereins „Gasse z’Nacht“ den Hof neben der Anlauf- und Kontaktstelle an der Hodlerstrasse unentgeltlich für Essensabgaben zur Verfügung. Die beiden Organisationen brauchen für die Essensabgaben auch Lebensmittel, die sie von Gewerbebetrieben oder der Schweizer Tafel erhalten.

Zu Punkt 3 und 4:

Die in der Antwort vom 3. Juli 2013 angekündigte - mit den Aktivitäten der ARA Region Bern abgestimmte - Ausweitung der Grüngutsammlung auf Speise- und Rüstabfälle konnte per 1. Januar 2015 umgesetzt werden; dazu hat der Stadtrat am 31. Oktober 2013 die erforderlichen Anpassungen des Abfallreglements genehmigt und einen Umsetzungskredit gesprochen. Per dato Ende Mai 2015 sind insgesamt gegen 12 000 Grüncontainer für die erweiterte Sammlung angemeldet worden, welche nun einmal pro Woche geleert werden. Die gesammelten Grünstoffe werden anschliessend in einer Vergärungsanlage verwertet, wo vorab Biogas produziert wird, das zur Erzeugung erneuerbarer Energie dient. Das Grüngut wird zudem nach der Vergärung kompostiert und als Dünger der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt. Mit dieser Lösung kann der Stoffkreislauf für die Lebensmittel und Gartenabfälle geschlossen und zudem ein Beitrag gegen die Lebensmittelverschwendung geleistet werden.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Einführung der erweiterten Grüngutsammlung erforderte einen einmaligen Investitionskredit von rund 1.32 Mio. Franken und führt zu jährlich wiederkehrenden Zusatzkosten von rund 1.75 Mio. Franken; die jährlichen Kosten werden über die Abfallgrundgebühren und über eine moderate Verursachergebühr (Jahresgebühr für die Grüngutsammlung) finanziert. Die in der Antwort geschilderten städtischen Kommunikations- und Sensibilisierungsmassnahmen können im Rahmen der Laufenden Rechnung finanziert werden.

Bern, 1. Juli 2015

Der Gemeinderat